



Bogotá, den 1. Mai 1990

VERTRAULICH

P.B. Nr. 6 - GA

Kolumbiens Präsidentschaftskandidaten: Zehn kleine Negerlein?

Die Ermordung des dritten Präsidentschaftskandidaten innerhalb von acht Monaten hat Kolumbien in einen Zustand tiefster Verwirrung versetzt. Im letzten August fiel der aussichtsreichste Anwärter, der liberale Galàn, im März der UP-Aussenseiter Jaramillo (P.B. Nr. 5 vom 28. März 1990) und nun das Symbol für Wege und Mittel der nationalen Versöhnung, der M-19-Exponent Carlos Pizarro, gedungenen Mördern zum Opfer. Wenn die Motive im Falle Galàns wegen dessen festen Haltung den Drogenkartellen gegenüber erfassbar waren, und man das Attentat auf Jaramillo noch rechtsextremen, mit den Kartellen verfilzten paramilitärischen Gruppen zuschreiben konnte, so wird der jüngste Mord schon fast unerklärlich. Die M-19 ist keine linksextreme Gruppierung, sondern ein heterogenes Gebilde, das noch ungefestigte sozialdemokratische Grundstömungen mit einem ausgeprägten Nationalismus koppelt. Die Bewegung befürwortet und betreibt hinter den Kulissen aktiv einen breitgefächerten Dialog unter Einbezug aller - auch der finstersten - Gruppierungen zwecks Wiederherstellung friedlicher Zustände im Lande. Genau 24 Stunden vor Pizarros Tod hat mir ein M-19 Kadermitglied, das mich im Büro aufsuchte, von Kontakten zu Pablo Escobar gesprochen, der, wie bereits nach Jaramillos Tod, zu zweien Malen in den letzten Tagen seine Autorenschaft in Abrede stellte und Pizarro als seinen Freund bezeichnete. Andererseits weisen eine ganze Anzahl von Elementen in Richtung Medellín und auf die gleichen Hintermänner in beiden Fällen. Es fehlt aber auch nicht an Stimmen, welche die Insistenz, mit der sich die Untersuchungsbehörden erneut auf die Kartelle konzentrieren, als verfehlt betrachten, und Motive aufführen, welche die nicht in die Legalität übergetretenen Guerillaorganisationen als Drahtzieher in Frage kommen lassen. Dagegen könnte aber eine heute bekanntgewordene Verlautbarung der "Dachorganisation" der Aufständischen sprechen, die eine Vermittlung in diesem internen Konflikt durch den venezolanischen Präsidenten Pérez und Jimmy Carter vorschlägt, was die Regierung, nebenbei gesagt, sogleich zurückgewiesen hat. In einer solchen Konstellation von Umständen wuchern Spekulationen aller Art und es verwundert nicht, dass sich die verbleibenden Kandidaten recht unbehaglich fühlen.

Der Zufall will es, dass sich in diesen Tagen der Mord an Justizminister Lara Bonilla, dem Ehemann der kolumbianischen

./.

- 2 -

Konsulin in Bern, durch die Narcos zum sechsten Male jährt. Diese Tat ist bislang, obwohl die in flagranti erwischten Anführenden in Untersuchungshaft sitzen, nie gesühnt worden, weil massive Drohungen gegen Richter und Geschworene die Eröffnung des Prozesses verunmöglicht haben. Zusammen mit den jüngsten Ereignissen ist dies Nährboden für eine tiefe allgemeine Frustration und eine Infragestellung der staatlichen Institutionen, füglich keine günstige Ausgangslage für die in drei Wochen stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Auch die Regierung selbst wirkt verzettelt, unbeholfen und der Lage nicht gewachsen. Sie verspricht einstweilen den Kandidaten ein Plus an Sendezeit im Fernsehen, um sie weniger den Gefahren öffentlicher Plätze auszusetzen, und prüft die Frage, ob man ihnen Armeeflugzeuge zur Verfügung stellen soll. Letzteres dürfte unumgänglich werden, weil sich Avianca-Piloten zunehmend weigern, mit exponierten Persönlichkeiten an Bord den Flug zu wagen. Der einzige konkrete Vorschlag zur Meisterung der Lage stammt vom konservativen Sprengkandidaten Alvaro Gómez: Er besteht in einem Triumvirat herausragender Persönlichkeiten, an welche Barco, bei dem der Vorstoss verständlicherweise auf Granit gestossen ist, seine Kompetenzen im Gebiete der öffentlichen Ordnung delegieren soll. Abgesehen davon, dass dem Ganzen reichlich der Geruch von Wahltaktik anhaftet - dürfte sich doch Gómez zu den Triumvirn zählen - ist es erneut Ausdruck der hiesigen Manie, in verfahrenerer Situation am Ueberbau Retouchen vorzunehmen, statt den verantwortlichen Akteuren die Handlungsfreiheit zu verschaffen, über die sie laut Verfassung bereits verfügen. Die Tendenz gewisser Politiker, hinter dem Rücken der Sicherheitskräfte Intrigen anzuzetteln, dürfte gerade z.B. für den Drogenkrieg fatal gewesen sein (P.B. Nr. 1 vom 17. Januar 1990).

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAEFTSTRAEGER a.i.



(Gattiker)